Bergischer Volksbote

Erscheint Montags, Mittwochs und Freitags. — Bezugspreis: Für den Monat bei der Post und durch unsere Boten gebracht 1,50 R.-M. einschl. der Beilagen „Die Zeit im Bild“ u. „Landmanns Sonntagsblatt“.

zugleich
Burscheider Zeitung

Insertionsgebührenen: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 0,15, auswärts 0,20, Reklamen 0,50 Reichsmark. — Anzeigen werden spätestens bis Montag-, Mittwoch- u. Freitag-Morgen 8 Uhr erbeten.

№ 81 | Redaktion, Druck u. Verlag von Herm. Claas, Burscheid. | Burscheid, Mittwoch, den 20. Januar 1926 | Fernsprech-Anschluß Nr. 31 Postscheckkonto 28571 Köln. | 66. Jahrgang

Das Kabinett gebildet

Berlin, 19. Jan. Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der von Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet sei. Das neue Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

Das amtliche Kommuniqué

wbt. **Berlin**, 19. Jan. (Amtlich). Der Herr Reichspräsident empfing heute nachmittag 6 Uhr die Vertreter der für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei waren erschienen: Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayer. Volkspartei Abg. Dr. Leicht, für die Demokraten die Abgeordneten Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erkelenz.

Der Herr Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustandekommen muß, nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war. Nachdem trotz der eingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, bliebe als eine zwar weniger tragfähige, aber immer noch durchaus gangbare Lösung die Regierung der Mitte übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer anderen Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß die von Ihnen, meine Herren, geführten 4 Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen. Der Herr Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche großen Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näher zu kommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz aus dem Wege zu räumen, auf der anderen Seite verträgt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustandezubringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen. Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krisis herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihm noch heute abend Ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen. Ich bitte die hier vertretenen Parteien, ihre rechtlichen Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisis beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird.“

Im Anschluß hieran dankte der Herr Reichspräsident dem Abgeordneten Koch nochmals persönlich für seine wertvolle und selbstlose Mitarbeit bei den bisherigen Versuchen zur Schaffung einer Regierung.

Die Parteiführer begaben sich sodann mit dem Reichskanzler Dr. Luther zur Reichskanzlei, wo ihnen der Reichskanzler seine Ministerliste vorlegte, die ohne weitere Diskussion entgegengenommen wurde. Wie das N.D.Z. erfährt, lautet die Liste folgendermaßen:

Reichskanzler Dr. Luther
Reichsaußenminister: Dr. Stresemann (Dvp.)
Reichsinnenminister: Dr. Külz (Dem.)
Reichsfinanzminister: Dr. Reinhold (Dem.)
Reichswirtschaftsminister: Dr. Curtius (Dvp.)
Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns (Z.)
Reichsjustizminister: Dr. Marx (Z.)
Reichswehrminister: Dr. Geßler (Dem.)
Reichspostminister: Stingl (B. Volksp.)
Reichsverkehrsminister: Dr. Krohne (Dvp.)

Das Ernährungsministerium ist zur Zeit noch unbesetzt. Es wird wahrscheinlich mit einem Herrn besetzt werden, der dem Zentrum nahesteht. Falls eine Besetzung jetzt noch nicht erfolgen sollte, so wird der Reichskanzler selbst zunächst das Ministerium verwalten. Das Ministerium für die besetzten Gebiete bleibt zunächst unbesetzt, wird aber provisorisch mit von Dr. Marx versehen werden.

Die Demokraten stimmen zu

wib. **Berlin**, 19. Jan. In der Sitzung der Fraktion der Demokratischen Partei, in der die Liste des Reichskanzlers über das Kabinett zur Entscheidung vorgelegt wurde, wiederholte der Fraktionsvorsitzende Koch seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach rein sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er bei der durch fremdes Verschulden zugespitzten Lage nicht einem zu bildenden Kabinett anzugehören wünsche und empfahl, keinen Widerspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach langer Debatte, mit ganz kleiner Mehrheit folgende Entschließung gefaßt: „Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruches der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und die beteiligten Parteien diesen Einspruch nachdrücklichst zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat, und nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Külz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden in vollem Umfange teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustande kommen kann.“

Die demokratische Reichstagsfraktion hat, durch das Schwerwiegende ihres Entschlusses in der Frage der Regierungsbildung veranlaßt, beschlossen, den Parteiausschuß zum Sonntag, den 24. Januar, nach Berlin einzuberufen. Der Parteivorstand tritt am Samstag, nachmittags 2 Uhr, in Berlin zusammen.

Zustimmung der anderen Parteien

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtber.) Die vier Fraktionen, die für die Regierungsbildung in Frage kommen, traten nach der Rückkehr ihrer Vertreter vom Empfang beim Reichspräsidenten sofort im Reichstag zusammen. Das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei stimmten nach kurzer Sitzung der vom Reichskanzler vorgeschlagenen Liste des Kabinetts zu.

Regierungserklärung am Donnerstag?

Berlin, 20. Jan. Wie das Berliner Tageblatt hört, wird die Regierungserklärung wahrscheinlich am Donnerstag nachmittag im Reichstag abgegeben werden.

Die Berliner Presse zum neuen Kabinett

Berlin, 20. Jan. Die Berliner Morgenblätter äußern sich im allgemeinen gegenüber dem neuen Kabinett Luther abwartend, wenn sie auch nicht verhehlen, daß ein Kabinett, das unter so schweren Verhältnissen zustandegekommen ist, auch ein schweres Dasein haben werde. Sie weisen besonders darauf hin, daß die in dem Kabinett vertretenen Parteien nur mit gemischten Gefühlen ihre Zustimmung gegeben haben. Der „Tag“ bezeichnet es als das schwächste aller bisherigen Kabinette, dem noch dazu die schwersten Aufgaben bevorstehen. Der „Lokal-Anzeiger“ meint, Luther stehe vor der schwersten, wenn nicht unlösbaren Aufgabe, wenn er eine nach beiden Seiten unabhängige Politik führen wolle. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt es ein Kabinett der linken Mitte und weist darauf hin, daß die Unterstützung der Rechtsparteien eine negative sein werde. Die „Tägliche Rundschau“ meint, wenn die Koalitionsparteien zusammenhielten, könne das Kabinett wohl von Bestand sein. Die demokratischen Blätter weisen darauf hin, daß es den Demokraten sehr schwer gefallen sei, ihre Zustimmung auszusprechen.

Der Vorwärts sagt: Die Sozialdemokraten, die die Berufung Dr. Kochs zum Reichsinnenminister sehr begrüßt hätten, würden durch sein Wiederverschwinden gewarnt, mit ihrem Vertrauen sehr vorsichtig zu sein. Die Germania betont, das Zentrum könne in dieser Regierung schon deshalb nicht sein Ideal erblicken, weil es ein stärkeres parlamentarisches Kabinett gewünscht habe, das ohne seine Schuld nicht zustandegekommen ist.

Vor weitgehenden Anträgen auf Verfassungsänderung

Berlin, 19. Jan. (Privatmeldung.) Auf der Reichsgründungsfeier der Deutschnationalen Volkspartei in Berlin kündigte Graf Westarp in seiner Festrede an, daß die Deutschnationalen eine Reihe von Anträgen im Reichstag einbringen werden, die eine Einschränkung der Befugnisse des Reichstages und somit der Wirksamkeit der Parteiherrschaft anstreben. Bei den Anträgen handelt es sich um die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und um Abschaffung des Artikels 54 der Reichsverfassung, wonach der Reichskanzler bei jedem Mißtrauensvotum einer Mehrheit zurückzutreten gezwungen sei. Verlangt werde das Recht für den Reichspräsidenten, durch Entlassung bezw. Ernennung des Reichskanzlers eigene Politik zu treiben wie es z. B. in Amerika möglich sei. Im Reichsrat müsse Preußen den Vorsitz erhalten. Schließlich werden die Anträge eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten fordern, da Deutschland es sich in der heutigen Notzeit nicht leisten könne, daß 2000 Männer und Frauen in den Parlamenten des Reiches und der Länder Diäten bezögen. Für den Reichstag könne man dadurch die Zahl der Sitze vermindern, daß man das Wahlalter auf 24 oder 25 heraufsetze.

Die Fürstenabfindung

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtber.) Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Beratung der Anträge zur Frage der Fürstenabfindung fortgesetzt. Der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Kahl (D.V.-P.), teilte eingangs hierzu das Telegramm des Generalbevollmächtigten des Herzogs von Gotha mit, in dem bestritten wird, daß der frühere regierende Herzog seinen Besitz durch eine Auslandsanleihe belasten wolle. Im weiteren Verlauf der Debatte kam die Frage Hessen-Darmstadt zur Sprache. Hier ist, wie der hessische Minister Hentig erklärte, im Jahre 1919 ein Abfindungsvertrag geschlossen worden. Dabei blieb aber die eigentliche Kapitalabfindung noch in der Schwebe. Die Verhandlungen über die Durchführung der Kapitalabfindung sind jetzt dadurch unterbrochen worden, weil das großherzogliche Haus nunmehr den ganzen Abfindungsvertrag als ungültig ansieht.

Für Mecklenburg-Schwerin gab der Ministerpräsident von Brandenstein eine Erklärung ab, in der er nachzuweisen suchte, daß die Zuständigkeit des Reichsgesetzgebers für Mecklenburg-Schwerin in allen die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen großherzoglichen Hause betreffenden Fragen ohne eine vorherige Aenderung der Reichsverfassung nicht gegeben sei. Die Notwendigkeit einer solchen Aenderung der Reichsverfassung könne für Mecklenburg-Schwerin als vorliegend nicht anerkannt werden.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten beschloß, an den Reichstagspräsidenten mit dem Ersuchen heranzutreten, einen Ausschuß zur Bearbeitung der zahlreichen Anträge einzelner Orte um Höherstufung im Ortsklassenverzeichnis einzusetzen. Weiter nahm der Ausschuß einen demokratischen Antrag betreffend die Beförderung von Beamten an, die wegen hohen Alters kurz vor ihrer Versetzung in den Ruhestand stehen. Ein Regierungsvertreter erklärte, die Regierung könne auch künftig nicht kurz vor der Zuruhesetzung Beamte an leitende Stellen befördern. Automatisch eintretende Beförderungen würden sich jedoch weiter zufriedenstellend lösen lassen.

Volksentscheid über die Fürstenabfindung?

Berlin, 19. Jan. Der sozialdemokratische Parteiausschuß beschäftigte sich heute mit der Frage der Fürstenabfindung und beschloß, daß der Parteivorstand einen Gesetzentwurf zur Herbeiführung eines Volksentscheides vorbereiten soll, da der Gesetzentwurf der Kommunisten insofern unzureichend sei, als er nicht nähere Bestimmungen über die Art der Verwendung der enteigneten Vermögen treffe.

Die Blätter erfahren über die gesetzlichen Voraussetzungen eines Volksbegehrens und eines Volksentscheides folgendes: Der Antrag auf ein Volksbegehren in der Sache der Fürstenabfindung ist beim Reichsminister des Innen eingereicht und es müssen nunmehr die Antragsteller in etwa 14 Tagen die Listen beschaffen, die zur Einzeichnung ausgelegt werden sollen. Das Volksbegehren ist zustande gekommen, wenn mindestens ein Zehntel aller Stimmberechtigten sich eingetragen haben werden, das heißt etwa 4 Millionen. Kommt das Volksbegehren zustande, so kann der Reichstag den verlangten Gesetzentwurf ablehnen, abändern oder unverändert annehmen. Wird er nicht unverändert angenommen, so kommt der Volksentscheid, an dem sich über die Hälfte aller Stimmberechtigten, also etwa 20 Millionen, beteiligen müssen. Nur bei einer solchen Beteiligung kommt dann in Frage, ob der Gegenstand angenommen ist, wenn nämlich die Mehrheit der Abstimmenden mit „ja“ abgestimmt hat.

Neuwahlen im preußischen Staatsrat

Berlin, 19. Jan. (Eig. Drahtber.) Der preußische Staatsrat hielt am Dienstag seine erste Sitzung im neuen Jahre ab. Neue Wahlen haben bisher nur in Berlin und Brandenburg stattgefunden, mit dem Ergebnis, daß die Sozialdemokraten zwei Sitze verloren haben, von denen der eine der Arbeitsgemeinschaft, der andere den Kommunisten zugefallen ist. Zunächst wurde die Wahl des Vorsitzenden vorgenommen, die nach der Geschäftsordnung alljährlich in der ersten Sitzung zu erfolgen hat. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Graef (Z.) wiedergewählt mit 42 Stimmen gegen Hallensleben (Arb. Gem.), der 24 Stimmen erhielt. Die Wiederwahl des zweiten Vizepräsidenten Dr. Jarres erfolgte durch Akklamation einstimmig, ebenso die Wiederwahl der drei weiteren Schriftführer von Meibom (Arb. Gem.) Tritzel (Dem.) und Haenchen (Soz.)

Der Schritt in Paris

(Eigener Funkspruch)

Paris, 19. Jan. Von amtlicher deutscher Seite wird folgendes Communiqué ausgegeben: „Nachdem der deutsche Botschafter von Hoesch schon vor einigen Tagen wegen der Verhinderung des französischen Ministerpräsidenten in der Frage der Besatzungsstärke der französischen Besatzungstruppen im Rheinland bei dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums vorstellig geworden war, hat er heute nachmittag in der gleichen Angelegenheit eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Briand gehabt. Die Unterredung dauerte fast eine Stunde.“

Zu der Unterredung teilt „Radio“ mit: Der französische Ministerpräsident habe den deutschen Botschafter darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Räumung des Kölner Gebietes im Laufe der Umgruppierung der alliierten Streitkräfte die Besatzungstruppen um 20 000 Mann verringert worden sei. Es scheine Frankreich nicht nötig, weitere Zugeständnisse zu machen. Außerdem können Frankreich „durch Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland nicht die Stärke seiner gesamten Armee gefährden.“ Im übrigen sei die ganze Frage eine interalliierte Angelegenheit und gehöre vor das Forum der Botschafterkonferenz.

*

In einer offensichtlich offiziös beeinflußten Information äußert sich das Pariser Journal zu der deutscherseits verlangten Herabsetzung der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone. Zunächst muß es auffallen, daß das Blatt diese Frage ein wenig sehr über die leichte Achsel nimmt, wenn es hinsichtlich der Demarche des deutschen Botschafters in Paris, Herrn v. Hoesch, die Auffassung vertritt, daß die Erörterung dieser Angelegenheit nicht dränge, und daß die Wichtigkeit dieser Frage aus Gründen der Innenpolitik in Berlin stark übertrieben werde. Vom Standpunkte der deutschen Notwendigkeiten aus ist gerade diese Frage als eine der wesentlichsten Auswirkungen des Vertrages von Locarno völlig unaufschiebbar geworden, wie im übrigen gerade diese Forderung mit der inneren Politik in Berlin nicht das geringste zu tun hat, sondern eine Forderung darstellt, über die sich ungefähr alle politischen Parteien in Deutschland völlig einig sind. Das Journal bringt dann die von deutscher Seite erhobenen Einwendungen und muß zugeben, daß die Beweisführung „frappiert“. Allerdings glaubt es dann, daß sie leicht zu widerlegen wäre. Einmal meint das Blatt, hätte die Zahl der deutschen Rheinlandgarnisonen vor dem Kriege mit der jetzigen Erörterung garnichts zu tun, zum zweiten sei es falsch, die Besetzung als eine Sanktion zu betrachten, da die Besetzung der Rheinlande lediglich eine Garantie für die Erfüllung des Vertrages bedeute. Die verantwortlichen Persönlichkeiten bemühten sich, das Maximum der Wirksamkeit mit einem Minimum von Mitteln zu erreichen. Die französischen Truppen im Rheinlande bildeten jetzt 2 Armeekorps, 40 000 Mann Infanterie, 10 000 Mann Kavallerie, sowie 10 000 Mann Artillerie und andere Truppengattungen. Wer wolle behaupten, daß diese Zahl zu hoch sei, nachdem durch die Räumung Kölns der linke Flügel der Besatzungsarmee vollkommen entblößt sei?

Auch der „Temps“ beschäftigt sich mit der Frage der Besatzungsstärke. Der Geist, der dieses Blatt beseelt, wird am besten charakterisiert, wenn man erwähnt, daß es die ganze Frage auf das Gebiet der deutschen Regierungsbildung schieben möchte und behauptet, der „Lärm“ werde nur gemacht, um die deutsche Oeffentlichkeit von den inneren Schwierigkeiten abzulenken und die Sozialdemokraten in die Armee der Nationalisten zu treiben. Sachlich leistet der Temps dem vielgenannten Geist von Locarno einen schlichten Dienst, wenn er als Grund für die Stärke des Besatzungsheeres anführt: Ist es nicht natürlich, wenn man die zwei Besatzungszonen solide besetzen will, nachdem die erste Zone geräumt wurde, wenn man sich nicht jeder Garantie gegen einen neuen Angriff und gegen eine Verfehlung Deutschlands an seinen Verpflichtungen begeben will?

Die Unlogik dieser Darstellung liegt auf der Hand. Der Informator gibt selbst zu, daß die deutschen Argumente logisch sind, weil die Besatzungslasten für die zweite und dritte Zone gewachsen sind. Einem völlig entwaffneten Lande gegenüber dürften 45 000 Mann der Besatzung logischerweise die gleiche „Garantie“ bieten, wie 75 000 Mann und wie kann man schließlich logischerweise noch eine militärische Garantie überhaupt für die Erfüllung eines Vertrages verlangen, wenn diese Garantie restlos durch den Dawesplan und das Locarnoer Vertragswerk ge-

geben ist? Im übrigen ist man in Deutschland über die wirkliche Besatzungsstärke überhaupt niemals informiert gewesen, und es darf wohl aus diesem Grunde auch die Frage aufgeworfen werden, bis wann für die zweite und dritte Zone überhaupt mit der von den Alliierten geforderten Besatzungsstärke von 75 000 Mann zu rechnen ist. Ganz abgesehen davon, daß man in Deutschland unter allen Umständen einen sehr viel weiteren Abbau der Besatzungstruppen im Geiste von Locarno und der versprochenen Rückwirkungen verlangen und erwarten muß.

wtb. **Berlin,** 19. Jan. Zu den deutschen diplomatischen Vorstellungen in den Hauptstädten der Alliierten, die sich gegen den Vorschlag richten, im besetzten deutschen Gebiet 75 000 Mann alliierte Besatzungstruppen zu belassen, erfährt Reuter's Büro, daß die Frage von der britischen Regierung mit Aufmerksamkeit geprüft werde und daß esnach Beratung mit der französischen Regierung und der belgischen Regierung möglich sein dürfte, eine angemessene Antwort abzusenden.

Painlevé über die Räumungsfrage

(Eigener Funkspruch)

Paris, 19. Jan. Die Heereskommission der Kammer hörte heute nachmittag Painlevé über die militärischen Folgen des Vertrages von Locarno. Der Kriegsminister gab Aufschluß über die mit der Räumung Köln zusammenhängenden Maßnahmen und die Stärke der Garnisonen, die in der zweiten und in der dritten Zone verbleiben. Im Anschluß daran entspann sich eine lebhafte Debatte. Ein Abgeordneter fragte den Minister, welche Folgen der Vertrag auf die militärischen Beziehungen zu England, Belgien und Italien ausübe. Painlevé gab auf die Fragen erschöpfende Auskünfte. Die Kommission erklärte schließlich, daß alle mit der Räumung der ersten Zone der Rheinlande zusammenhängenden Sicherungsmaßnahmen getroffen sind. Painlevé erklärte schließlich, daß die Heeresreform noch in dieser Woche eingebracht werde. Ein zweites Projekt, das sich auf die Einberufung der Reservisten beziehe, werde kurz darauf folgen.

Protest im Reichstage

wtb. **Berlin,** 19. Jan. Im Reichstage ist eine Interpellation der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der es u. a. heißt, daß nach englischen Zeitungsmeldungen der Unterausschuß des Botschafterrates vorgeschlagen habe, die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungstruppen auf 75 000 Mann festzusetzen. Es wird gefragt, ob diese Nachricht zutrifft und welche Schritte die Regierung getan hat, bezw. zu tun gedenkt um eine derartige Maßnahme zu verhindern und ob sie insbesondere gewillt ist, auf den Widerspruch mit der Note des Botschafterrates vom 16. November 1925 hinzuweisen, in der die Herabsetzung der Besatzungstruppen auf annähernd normale Stärke, d. h. auf 45 000 bis 50 000 Mann zugesichert ist. Es wird schließlich noch gefragt, ob die Regierung weiter gewillt ist, vor Eintritt in den Völkerbund die Frage der Besatzungsstärke in einer Weise zu regeln, welche den berechtigten Ansprüchen des Rheinlandes und des gesamten deutschen Volkes ebenso aber auch den Abmachungen von Locarno entspricht.

Der pekuniäre Erfolg des Ruhreinfalls

Poincaré befaßte sich am Sonntag wiederum mit dem angeblichen Erfolg des Ruhreinfalls. Da Poincaré stets geneigt ist, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, darf noch einmal daran erinnert werden, daß die neunzehn Monate lange Besetzung des Ruhrgebietes für Frankreich nur 894,2 Millionen einbrachte, während in den zwölf Monaten des Jahres 1920 an freiwilligen Leistungen Deutschlands vier Milliarden, im Jahre 1922, 1,4 Milliarden gezahlt wurden. Poincaré übersieht zudem geflissentlich, daß fünfzig Prozent der Ruhreinnahmen auf das Spesenkonto zu rechnen sind. Er übersieht ferner die Rückwirkung auf die deutsche, die französische und die internationale Wirtschaft.

Keine Verschiebung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz

tu. **Berlin,** 19. Jan. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist mit einer Verschiebung der Tagung der vorbereitenden Konferenz für die Abrüstungskonferenz nicht zu rechnen. Die Konferenz wird am 15. Februar zusammentreten.

Nach einer Meldung aus Washington hat das Repräsentantenhaus mit 359 gegen 1 Stimme eine Entschließung angenommen. durch die ein Kredit von 50 000 Dollar für die Kommission der Vertreter Amerikas auf der Vorbereitenden Konferenz für die Abrüstung bewilligt wird.

Einigung zwischen der Schweiz und Rußland?

Paris, 20. Jan. Nach Meldungen aus Moskau soll der Schweizer Gesandte in Berlin ermächtigt worden sein, mit dem Sowjet-Botschafter Besprechungen über die Beilegung des russisch-schweizerischen Zwischenfalles zu eröffnen. Es wird bestätigt, daß die Sowjet-Regierung den Zwischenfall als beigelegt ansehen wird, wenn die Schweiz offiziell ihr Bedauern über die Ermordung Worowskis ausdrückt.

Das griechisch-englische Waffenabkommen

wtb. **Wien,** 19. Jan. Der „Reichspost" wird aus Konstantinopel berichtet, daß der Plan eines englisch-griechischen Abkommens dort mit großem Ernst aufgenommen worden ist. Das Abkommen werde als wahrscheinlich angesehen. Das Abkommen werde auch als Versuch der Sicherung Salonikis gegen jugoslawische Wünsche aufgefaßt. Die Lage des griechischen Diktators Pangalos wird in der vorliegenden Meldung als sehr schwierig dargestellt. Der Berichterstatter meint, Pangalos werde noch viel aufwenden müssen, ehe er der General sein werde, um die Griechenland von England zugedachte Rolle zu übernehmen.

Skandalszenen im ungarischen Parlament

mtb. **Budapest,** 19. Jan. Die Regierung und das Präsidium der Nationalversammlung verhandelten gestern abend bis lange nach Mitternacht mit den verschiedenen Gruppen der Linksopposition im Interesse der Sicherung eines ruhigen Verlaufes der heutigen Sitzung der Nationalversammlung. Es kam jedoch keine Einigung zustande, da die Opposition darauf bestand, daß ein mit allen Rechten ausgestatteter parlamentarischer Untersuchungsausschuß für die Untersuchung der politischen Zusammenhänge der Frankenfälschungsaffäre ernannt werde. Auch war die Regierung nicht geneigt, eine Debatte über die Frankenfälschung im Plenum der Nationalversammlung zu gestatten.

Die Stimmung war aufs äußerste gereizt, als Präsident Seitovezky heute um 12.45 Uhr die Sitzung eröffnete. In kurzer Ansprache erklärte er, die Frankenfälschung sei ein furchtbarer Schlag für Ungarn und nur mit dem Trianonvertrag vergleichbar. Unter lebhafter Zustimmung des ganzen Hauses forderte er die restlose Aufklärung des Verbrechens. Als der Präsident dann mitteilte, daß er einer Reihe von oppositionellen Abgeordneten, die vor Eingang in die Tagesordnung das Wort ergreifen wollten, die Erlaubnis verweigert habe, protestierte die Opposition lärmend. Der Präsident ließ die Nationalversammlung abstimmen, ob sie seine Verfügung gut heiße. Außer den Linksparteien stimmten alle Abgeordneten dem Präsidenten zu.

Alsdann ergriff Ministerpräsident Bethlen das Wort. Sofort brach die Linke in ohrenbetäubenden Lärm aus und rief dem Ministerpräsidenten im Chore zu: „Abdanken, abdanken! Wollen Sie vielleicht die Frankenfälscher verteidigen? Abdanken, abdanken!" Das dauerte etwa 10 Minuten. Jedesmal, wenn sich der Lärm einigermaßen legte, begann Bethlen zu sprechen, doch wurde er stets von der Opposition durch erneutes Lärmen daran gehindert. Schließlich mußte der Präsident die Sitzung unterbrechen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung der Nationalversammlung erklärte Ministerpräsident Bethlen, die Feststellung der Tatsachen und der Schuldigen gehöre in den Wirkungskreis des unabhängigen Gerichts. Rücksichtslos werde aber auch der politische Hintergrund dr Fälschungsaffäre aufgedeckt werden. Der Ministerpräsident verbreitete sich dann über die Angelegenheit des Kurierpasses für Oberst Jankowicz und über die Rolle der französischen Delegierten bei der Untersuchung, wobei er versicherte, daß die Regierung die Souveränität des Landes gewahrt habe. Den französischen und holländischen Behörden mache er den Vorwurf, daß sie das gesammelte Material nicht den ungarischen Behörden zur Verfügung gestellt haben. Ueber die Menge des im Auslande verbreiteten falschen Materials gab Bethlen seinem Verdacht Ausdruck, daß gewisse ausländische Elemente damit einen Eingriff in die inneren Verhältnisse Ungarns provozieren wollten.

Boykott über Italien

Wien, 19. Jan. Der deutsche Schulverein Südmark erläßt einen Aufruf gegen den Besuch Italiens. Er fordert die Oesterreicher auf, das den Brüdern in der Abschiedsstunde gegebene Wort einzulösen und das italienische Staatsgebiet zu meiden. Der deutsche Schulverein wird in den nächsten Tagen gemeinsam mit allen nationalen Vereinigungen im Reiche und in Oesterreich ohne Unterschied der Parteistellung in Fühlung treten, um die Werbearbeit für diesen Beschluß möglichst großzügig durchzuführen.

Die Gasexplosion in Berlin-Moabit

Ueber die Explosionskatastrophe in Berlin-Moabit wird noch mitgeteilt: Den Feuerwehrleuten ist es nunmehr gelungen, in den Sahnschen Seifenladen einzudringen. Sie fanden in einem an den Laden anstoßenden Zimmer die Leiche eines Mannes mit zertrümmerter Schädeldecke und schweren Brandwunden. Man nimmt an, daß der Tote der Ladenbesitzer Sahn ist. Die Zahl der Toten hat sich damit auf 10 erhöht. Vermißt werden noch eine Frau und ein Kind, die man ebenfalls als getötet betrachten muß. Von den im Krankenhaus befindlichen Schwerverletzten befindet sich keiner mehr in Lebensgefahr.

Der Schauplatz der furchtbaren Explosionskatastrophe war am Montagnachmittag das Ziel einer wahren Völkerwanderung. Das Unglückshaus ist nach wie vor in weitem Umfang abgesperrt. Aus allen Häusern der Kirchstraße hörte man Pochen und Hämmern und Dutzende von Glaswagen mit Laden- und Fensterscheiben standen allenthalben umher. Die Aufräumungsarbeiten in dem zusammengestürzten Haus bereiten große Schwierigkeiten. Die Feuerwehr und Vertreter der Baupolizei haben festgestellt, daß die Grundmauer an mehreren Stellen Risse aufweist, die vom Keller bis zum vierten Stock gehen. Am Dienstag wird mit den notwendigen Abstützungsarbeiten begonnen werden. Die Schuldfrage ist bis zum Augenblick noch nicht restlos geklärt. Die erste Annahme, daß eine Benzinexplosion die Katastrophe ausgelöst habe, ist bereits widerlegt. Nach glaubwürdigen Aussagen hatte der Seifenhändler im Keller weder Benzin noch Petroleum gelagert. Er besaß nur einen kleinen Ballon reinen Benzin, der etwa fünf Liter faßte. Wäre Explosivstoff im Keller zur Entzündung gekommen, so wäre auch ein ausgedehnter Brand entstanden. Dagegen läßt die Art der Verwüstung und der von unten nach oben in breitem Teil sich fortpflanzende Explosionsdruck viel eher darauf schließen, daß Gas zur Entzündung gekommen ist. Inzwischen ist bekannt geworden, daß am 5. Januar an den Gasrohren im Keller gearbeitet worden ist. An diesem Tage hatte nämlich die Gasanstalt ein Gasrohr abgeschnitten, das in den Laden des Seifenhändlers führte, weil dieser sich elektrisches Licht hatte legen lassen. Es besteht immerhin die Möglichkeit, daß bei dieser Arbeit vielleicht ein Rohr undicht geworden oder nicht genügend abgekapselt worden ist. Hausbewohner bestätigen, daß sie in der letzten Woche ständig einen leichten Gasgeruch im Haus wahrgenommen hatten.

Nachklänge zum Haarmann-Prozeß

Vor dem Schwurgericht in Hannover ist am Dienstag der Prozeß gegen den Händler Grans, den Genossen und Helfer des Massenmörders Haarmann zu Ende gegangen. Es wurde folgendes Urteil gefällt: Das Urteil des Schwurgerichtes vom 19. Dezember 1924 wird aufgehoben, soweit es den Händler Grans betrifft. Grans wird wegen Beihilfe zum Morde in zwei Fällen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von zwölf Jahren und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihm auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt. Auch wird auf Zulassung der Polizeiaufsicht erkannt.

Aus Stadt und Land

Die jetzt fällige Vorauszahlung auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer

Der Reichsminister der Finanzen hat bestimmt, daß von einer Erhebung von Verzugszuschlägen abgesehen werden soll, wenn die jetzt zu leistende Vorauszahlung auf die Einkommensteuer oder Körperschaftssteuer statt in einer Woche nach Fälligkeit erst zwei Wochen nach Fälligkeit eingezahlt wird. Wer also die Vorauszahlung bis zum 25. Januar einzahlt, hat keine Verzugszuschläge zu zahlen. Dieser Zeitpunkt ist aber unbedingt einzuhalten, widrigenfalls die Verzugszuschläge vom eigentlichen Fälligkeitstag, dem 12. Januar ab, berechnet werden. Wie sich die Vorauszahlung nach dem Steuerüberleistungsgesetz und nach dem kürzlich herausgegebenen Erlaß gestaltet, sei an folgenden zwei Beispielen erläutert:

1. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern hat in den ersten drei Kalendervierteljahren 1925 ein monatliches Gehalt von je 1000 Reichsmark, insgesamt also 9000 Reichsmark bezogen. Er hat für die ersten drei Kalendervierteljahre 1925 insgesamt 652,20 RM. an Steuerabzug und Vorauszahlungen entrichtet. Im vierten Kalendervierteljahr 1925 hat er neben dem monatlichen Gehalt von je 1000 RM. eine Abschlußgratifikation von 9000 Reichsmark erhalten.

a) Berechnung der Vorauszahlung für das vierte Kalendervierteljahr 1925 nach den bestehenden Vorschriften des Steuerüberleitungsgesetzes.

	RM
Nach § 76 St.A.D.B. wären der Vorauszahlung zu grunde zu legen 3 × 1000 = ...	3 000.—
Hiervon ab steuerfreier Lohnbetrag mit . . .	240.—
	2 760.—
+ Abschlußgratifikation	9 000.—
	11 760.—
Hiervon wären zu entrichten	2 200.—
so daß nach Berücksichtigung des bereits durch Steuerabzug einbehaltenen Betrages von 7% von 11 760 RM = ...	823.20
als Vorauszahlung noch zu entrichten wären .	1 376.80

b) Berechnung nach Maßgabe des Erlasses vom 8. Januar 1926 — IIIe 200 — unter Berücksichtigung des Gesamtjahreseinkommens.

	RM
Gesamtjahreseinkommen (12 000 + 9000) = . .	21 000.—
Hiervon ab steuerfreier Lohnbetrag	860.—
	20 140.—
Die Jahressteuer beträgt hiervon	495.—
Auf diese Steuerschuld sind durch Steuerabzug und Vorauszahlungen für das erste bis dritte Kalendervierteljahr 1925	652.20
Für das vierte Kalendervierteljahr 1925 durch Steuerabzug	823.20
zusammen	1 475.40
entrichtet worden. Der Steuerpflichtige hat daher als jetzige Vorauszahlung noch . . .	1 019.60

zu leisten.

Der Weg zu b) ware also günstiger.

2. Ein lediger Steuerpflichtiger mit Einkommen aus Vermietung, Verpachtung und aus Kapitalvermögen hat für die drei ersten Kalendervierteljahre 1925 den Vorschriften entsprechend 1550 Reichsmark als Vorauszahlungen entrichtet. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Werbungskosten beträgt im ganzen Kalenderjahre 1925 18 000 Reichsmark, davon im letzten Kalendervierteljahr 4500 RM.

a) Berechnung nach dem Steuerüberleitungsgesetz.

	RM
Ueberschuß der Einnahmen über die Werbungskosten 4500 Reichsmark. Davon Vorauszahlungsbetrag	525.—

b) Berechnung nach dem Runderlaß vom 8. Januar 1926 — III e 200 —

	RM
Ueberschuß der Einnahmen über die Werbungskosten	18 000.—
Davon ab Absetzungen für Abnutzung 800 RM Sonderleistungen (§ 51) . 180 RM	980.—
Jahreseinkommen also	17 020.—
Davon Einkommensteuer nach § 55 E.St.G. . .	2 104.—
Ab die für die ersten drei Vierteljahre entrichteten Vorauszahlungen	1 550.—
Abschlußzahlung	554.—

Hier hat der Steuerpflichtige also die Möglichkeit, für das letzte Vierteljahr nach dem Steuerüberleitungsgesetz 525 Reichsmark zu zahlen, wenn er es nicht vorzieht, gleich die ganze Jahressteuerschuld zu decken, also nach dem Runderlaß vom 8. Januar 554 Reichsmark zu zahlen.

Keine neue Hochwassergefahr

Die Rheinstrombauverwaltung in Koblenz teilt amtlich mit: Gegenüber den vielfach laut werdenden Befürchtungen, die Wetterlage lasse eine neue Hochwassergefahr erwarten, wird die Bevölkerung darauf hingewiesen, daß die Hochwasserdienststelle der Rheinstrombauverwaltung in Koblenz ständig über die Entwicklung der Wetterlage und die Wasserführung des ganzen Rheins und seiner Nebenflüsse auf dem laufenden ist. Sobald Hochwassergefahr droht, wird die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt werden. Zurzeit ist nach den der Hochwasserdienststelle regelmäßig besonders zugesprochenen Wetterberichten der Wetterdienststelle Aachen keine Hochwassergefahr zu befürchten. Die in den letzten Tagen im Niederschlagsgebiet des Rheins und seiner Nebenflüsse gefallenen neuen Schneemengen haben nur eine Decke von verhältnismäßig geringer Höhe. Eine Schneeschmelze ist für die Berglagen nicht zu erwarten.

? **Solingen.** verbotener Fackelzug. Die Solinger Feuerwehr hatte Montagabend einen Fackelzug durch die Stadt veranstalten wollen. Der Oberbürgermeister hat jedoch das offizielle Auftreten der Feuerwehr in der geplanten Form verboten. Er begründete das Verbot damit, daß Solingen amtlich noch nicht als unbesetztes Gebiet erklärt sei und gerade eine städtische Korporation diese Tatsache beachten müsse.

? **Solingen.** Sein Mandat niedergelegt hat der Stadtverordnete Ad. Weck. In einem Schreiben an den Oberbürgermeister begründet er seinen Entschluß mit seinem angegriffenen Gesundheitszustand. In der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wird das Scheiden des Stadtverordneten Weck auf das lebhafteste bedauert. Der Scheidende gehörte zu den markantesten Persönlichkeiten im Stadtverordnetenkollegium, dessen Rat allseitig gehört und beachtet wurde.

? **Ohligs.** Keine öffentlichen Kundgebungen. In einer vom Bürgermeister anberaumten Besprechung sämtlicher Jugendgruppen, in der vertreten waren, Sozialistische Arbeiterjugend, Reichsbanner, Deutschnationale Jugend, Jungdeutscher Orden, Jugend der Deutschen Volkspartei, Kommunistische Jugend, Roter Frontkämpferbund, Jungsturm, Katholischer Jünglingsverein, Windthorstbund und Katholischer Gesellenverein wurde nach einer eingehenden Aussprache dem Vorschlage zugestimmt, von öffentlichen Kundgebungen aus Anlaß des Abrückens der Besatzungstruppen Abstand zu nehmen.

? **Ohligs.** Lehrerabbau. Die Rektoren Heikenfeld und Geyr, die Konrektorin Gottesleben sowie der Lehrer Blumbach treten am 1. April gegen volle Gehaltszahlung als Pension bis zum 65. Lebensjahre freiwillig in den Ruhestand. Die Stellen werden nicht mehr besetzt. Zu Schulleitern wurden die Lehrer Keßler und Heybers gewählt.

× **Köln.** Die Räumung Kölns durch die Engländer ist nahezu beendet und es ist zu erwarten, daß sie bis Ende des Monats vollständig sein wird. An welchem Tage das letzte äußere Zeichen der Besatzung, die Flagge, eingezogen werden wird, steht nach Wolffs Westdeutschem Provinzdienst noch nicht fest. Nach dem Abzug der Besatzung hört Köln aber noch nicht auf, als besetztes Gebiet in der ersten Zone zu gelten, und zwar so lange nicht, bis auch die Belgier und die Franzosen, die erste Zone völlig geräumt haben werden, was voraussichtlich bis zum Schluß der ersten Februarwoche geschehen sein wird. Der Tag, von dem ab die erste Zone amtlich als geräumt zu betrachten ist, wird durch die Botschafterkonferenz in Paris bekannt gegeben.

× **Köln.** Vom Hauptmarkt. Die Zufuhren zum gestrigen Hauptmarkt waren gering. Man forderte und erhielt bei reger Nachfrage für Feldsalat 80—90 ₰, für Spinat 20—30; für Rosenkohl 30—40, für Krauskohl 12—15, für Zwiebeln 10—12, für Schwarzwurzeln 20—30, für Möhren 10—12 ₰ das Pfund. Die Neußer Erzeuger waren mit ihrem Kohlgemüse ausgeblieben. Für ausländischen Weißkohl wurden 8—10, für Rotkohl 9—12, für Wirsing 8—11 Mark, der Zentner bezahlt. Italienischer Blumenkohl kostete 50—70, französischer 80—85 ₰ das Stück. Auch Kartoffeln waren teurer. Die billigsten kosteten 3.80 ℳ der Zentner. — Seefische waren genügend, Rheinfische keine am Markt. Der Geflügelmarkt war gut beschickt. — Landbutter wurde mit 1.60—1.80, Molkereibutter mit 1.90—2 ℳ das Pfund bezahlt, Eier mit 12 bis 15 ₰ das Stück.

× **Köln.** Wegen 20 ℳ — 5 Jahre Zuchthaus. Ein schon mehrfach vorbestrafter junger Bursche von hier, der sich in einer öffentlichen Bedürfnisanstalt einem Reisenden unsittlich genähert, ihn niedergeschlagen und eines 20-ℳ-Scheines beraubt hatte, wurde zu fünf Jahren, einem Monat Zuchthaus und 8 Jahren Ehrverlust verurteilt.

× **Köln.** Ueberfahren und getötet. Auf der Eisenbahnstrecke Köln-Düsseldorf wurde in der Nähe von Stammheim die Leiche eines unbekannten Mannes von ungefähr 30 Jahren gefunden. Der Kopf war vom Rumpfe getrennt. Außer einem französischen Wörterbuch mit dem Namen H. C. Möller wurden keine weiteren Ausweispapiere bei dem Toten gefunden. Anscheinend liegt Selbstmord vor.

× **Elberfeld.** Entgleisung eines Güterzugteils. Dienstag vormittag gegen 6 Uhr entgleisten in einem Güterzuge in der Nähe des Bahnhofs Schwerte zwei Güterwagen, die sich so unglücklich über das Gleis legten, daß dadurch die Strecken Schwerte-Holzwickede, Schwerte-Dortmund und Geisecke-Aplerbeck vorübergehend gesperrt wurden. Einige Schnell- und Personenzüge mußten umgeleitet werden. Um 8 Uhr war aber die Räumung so weit beendet, daß die Züge eingleisig wieder durchgeführt werden konnten. Der entstandene Sachschaden ist ganz unbedeutend. Verletzt wurde niemand. Nach dieser Meldung sind die in Umlauf befindlichen Gerüchte über die Entgleisung eines D-Zuges unbegründet.

§ **Remscheid.** Die Wirtschaftskrise. Mit dem Steigen der Wirtschaftsnot wächst in bedenklichem Ausmaße die Zahl der Arbeitslosen. Täglich ergehen Kündigungen und fast alle Werke mußten Betriebseinschränkungen und Kurzarbeit einführen. Zu erneuten Maßnahmen sah sich auch die Bergische Stahlindustrie gezwungen. Sie entläßt Ende dieser Woche weitere 400 Arbeiter und zahlt bereits ab 1. Januar ds. Js. an alle Beamten und Angestellten nur 75 Prozent des Gehalts.

× **Elten.** Eine ganze Gemeinde noch unter Hochwasser. Die Gemeinde Grondlein am Niederrhein steht heute noch völlig unter Wasser. Seit einigen Tagen müssen einige Gehöfte, die nicht am Damm liegen, die Milch unter Lebensgefahr über den zugefrorenen See bringen. Die Wintervorräte

und vollständig weggeschwemmt und die Wintersaat unter dem Eise ist ganz vernichtet. Außerdem hegt man die größten Befürchtungen, ob die Häuser dem Drucke des Eises werden standhalten können.

× **Phillippsburg.** 73 Schafe von Hunden zerrissen. In einer der letzten Nächte drangen zwei Hunde in eine Schafherde und haben 73 Schafe zerrissen, von denen 68 auf der Stelle getötet wurden.

× **Duisburg.** Tötlich verbrüht. Das etwa fünf Jahre alte Kind eines städtischen Bademeisters fiel in einem unbewachten Augenblick in einen Kübel mit heißer Lauge. Es wurde so schwer verletzt, daß es bald nach dem Unfall starb.

§ **Duisburg.** Durch Unvorsichtigkeit ereignete sich hier in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Unglücksfall. Der Polizeibeamte Wemschen war abends gegen 12 Uhr mit seiner Frau zusammen von einem Spaziergang heimgekehrt. In der Küche wollte er seinen Dienstrevolver auf die Anrichte legen. Dabei entlud sich die Waffe und die Kugel drang der Frau in den Kopf. Der Tod trat sofort ein. Der Beamte wurde festgenommen.

× **Boppard.** Brudermord. In der Nacht zum Dienstag hat nach einer kurzen Auseinandersetzung der 24 Jahre alte Sohn der Eheleute Siellmacher Jacob Kuns, Arnold Kuns, seinen 27 Jahre alten Bruder Jacob Kuns mittels eines großen Schlachtmessers in der Nähe der Wohnung auf der Wasenstraße erstochen. Die Leiche wies mehrere Stichwunden am Hals und am Körper auf. Der Täter stellte sich sofort nach der Tat der Polizei. Er leidet nach ärztlichem Gutachten an Fallsucht und hat in diesem Anfalle die Tat begangen.

Kölner Viehmarkt

Köln, 18. Jan. Auftrieb: 1238 Stück Großvieh, und zwar 512 Ochsen, 625 Färsen, Kühe usw. sowie 101 Bullen, ferner 1122 Kälber, 392 Schafe, 4279 Schweine. — Marktverlauf: Bei Großvieh sehr flau. Ueberstand: Kälber und Schafe ruhig, geräumt; Schweine sehr flau, geräumt. — Die nachstehenden Preise verstehen sich in Pfennigen für je ein Pfund Lebendgewicht für das zum Schlacht- und Viehhof Köln verbrachte Vieh, (die Erzeugerpreise ab Stall sind entsprechend billiger):

Ochsen: 4—7 Jahre 50—54; bis zu 4 Jahren 48—52, junge fleisch. nicht ausgemäst. und ältere ausgemäst. 42—46; mäß. genährte junge, gut genährte ältere 30—37; gering genährte jeden Alters 20—25; Färsen, Kühe usw. Färsen, mindestens 500 Kilo 48—51; unter 500 Kilo und Kühe bis 4 Jahre 46—50; Kühe 4—7 Jahre 40—45; ält. ausgemäst. Kühe, wenig gut entw. jg. Kühe und Färsen 30—35; mäß. genährte Kühe und Färsen 22 bis 28; gering genährte Kühe und Färsen 15—20. Bullen: höchsten Schlachtwertes 48—50; vollfleischige jüngere 40—45; mäßig genährte junge, gut genährte ältere 35—38; Kälber: Doppellender 90—100; feinste Mastkälber 75—85; mittl. Mast- und feinste Saugkälber 60—70; ger. Mast- und gute Saugkälber 50 bis 55; Schafe: Mastlämm. und junge Masthämmel 37 bis 40. Schweine: über 80—100 Kilo Lebendgewicht 74—80; über 100 bis 120 Kilo Lebendgewicht 80—83; über 120 Kilo 78—83; über 60—80 Kilo Lebendgewicht 68—73; Sauen 65—72

Kölner Produktenbörse

Köln, 19. Jan. Amtlicher Preisbericht der Kölner Produkten-Börse. Es notierten 100 Kilo Frachtparität, Köln Mark: Weizen inl. 26.70—26.90; Roggen inl. 17.50—17.70; Roggen ausl. 21.75 bis 22.75; Hafer hiesiger 17—18.40; Hafer ausländischer 20.25 bis 22.25; Futtergerste ausl. 17.50—17.75; Wintergerste inl. 17.50 bis 17.75; Sommergerste inl. 20.75—21.50; Mais grober 20—20.25; Mais kleiner 22.50—23; Roggenmehl 70 Prozent inl. 26—27; Roggenmehl 70 Prozent 29—29.50; Weizenmehl 70 Prozent inl. 34.75—35.75; Weizenmehl 70 Prozent 39—39.50; Weizenkleie brutto mit Sack 11—14.50; Rübkuchen lose 14.75—15; Palmkuchen lose 15.50—16.50; Leinkuchen lose 25.25—25.50; Leinmehl brutto mit Sack 25.75—26.25; Soyaschrot brutto mit Sack 21.50—21.75; Zuckerschnitzel lose 12.50—13.50; Wiesenheu inl. lose 8.50—9.50; Wiesenheu inl. gepreßt 10—11; Kleeheu inl. 8.50—10.50; Kleeheu ausl. 10—12; Roggenstroh gepreßt 2.60—2.80; Weizenstroh gepreßt 2.60—2.80; Haferstroh gepreßt 2.80—3; Rohmelasse 6.— Es war heute merklich ruhiger mit Weizen. Auch sonst schleppte sich das Geschäft dahin, da besondere Kauflust nicht aufkommen konnte.

Burscheid und Umgebung

Burscheid, den 20. Januar 1926.

* [Missionsfest.] Sonntag, den 17. Januar, feierte der Missionsverein an der Niederwupper sein Jahresfest in Burscheid. Als Festredner waren die Herren Missionar Pilgenröder vom Barmer Missionshaus und Pastor Hübner aus Barmen gewonnen. In anschaulicher Weise wußte Missionar Pilgenröder am Vormittag den Kindern von seiner Reise über Basel—Genua durch das Rote Meer und den Indischen Ozean bis hin nach Nias zu erzählen. In farbenfreudigen Bildern erstand vor den Augen der Kinder das tropische Leben, und manch eines der Kleinen hatte wohl den Wunsch, selbst einmal auf solch einer Insel zu sein, wo es für 10 Pfg. 100 Bananen gibt. Aber auch die tiefe religiöse Not des Heidentums wurde in gut verständlicher Weise den Kindern vor Augen geführt, hatte doch Missionar Pilgenröder als Anschauungsmaterial zwei Götzenbilder mitgebracht, an denen er den Kindern die Ohnmacht der Götzen klar machte unter Anwendung des Psalmwortes: Sie haben Mäuler und reden nicht, sie haben Augen und sehen nicht, sie haben Ohren und hören nicht, sie haben Nasen und riechen nicht, sie haben Hände und greifen nicht; Füße haben sie, und gehen nicht, sie reden nicht durch ihren Hals. So wurde schon in den Kinderseelen das Verständnis für die Missionsarbeit geweckt. Der Nachmittag war den Erwachsenen gewidmet. Der Festgottesdienst, gehalten von Pastor Hübner unter Mitwirkung des Kirchenchores stand unter der Losung: Christen verordnet euch zum Dienst I. Korinther 16, 15 In anschaulicher Weise wurde der Missionstrieb der ersten Christengemeinde geschildert, der nur möglich war, weil man immer wieder aus der rechten Kraftquelle — Christus — schöpfte. Und der feiernden Missionsgemeinde wurde es zugerufen: Jesus will nicht, wenn es um die Ausbreitung seines Reiches geht, in erster Linie euer Geld haben, sondern euer Herz. Erst wo das Herz gewonnen ist, da kommt es ganz von selbst aus innerer Notwendigkeit heraus zur Missionsarbeit. Die Nachfeier schloß sich unmittelbar dem Festgottesdienst an. Nach gemeinsamen Gesang erfolgte durch Herrn Superintendenten v. Scheven die Begrüßung der anwesenden Gäste, insbesondere der beiden Festredner unter kurzer Begründung der Notwendigkeit der Missionsarbeit. Hierauf ergriff Missionar Pilgenröder das Wort, der selbst 20 Jahre auf der Insel Nias gearbeitet hatte; er schilderte in zu Herzen gehenden Worten die große Erweckungsbewegung, die 1916 in Nias zum Ausbruch kam. Besonders interessant waren die Ausführungen von Pastor Hübner, der aus der Arbeit seines Vaters in Indien erzählte. Der Inder, ein geistig sehr reger Mensch, im allgemeinen begabter als der Durchschnittseuropäer, aufgewachsen in einem uralten Kulturland ist nicht leicht zu missionieren; aber eine 1½jährige Hungersnot, in der Tausende starben und in der auch die Familie des Missionars sehr hart heimgesucht wurde, wurde der Anlaß, daß viele ihre Götzen brachten und sich von ihnen abwandten, da sie die Ohnmacht der Götzen eingesehen hatten. Man konnte sich beim Anhören einzelner Begebenheiten dem Eindruck nicht entziehen, daß draußen auf dem Missionsfelde auch heute noch Zeichen und Wunder geschehen, an die wir Menschen von heute sonst nicht mehr so recht glauben wollen. Die gut besuchte Versammlung, in der auch der Kirchenchor wieder mitwirkte, der sich auf achtenswerter musikalischer Höhe befindet, wurde mit einem kurzen Wort von Pastor Berg geschlossen.

ö [Erwerbslosenfürsorge.] Die Erwerbslosigkeit in der hiesigen Gemeinde hat auch in der vergangenen Woche wiederum einen größeren Umfang angenommen Es wurden unterstützt 227 männliche Personen über und 24 unter 21 Jahren; sowie 19 weibliche Personen über und 11 unter 21 Jahren. Weiterhin erhielten Unterstützung 166 Frauen und 162 Kinder. Dem Kreisarbeitsnachweis in Opladen liegen zurzeit noch 76 Anträge vor.

ö [Fischereischein.] In einer Bekanntmachung in vorliegender Nummer wird darauf hingewiesen, daß alle Personen, die das Fischereirecht ausüben wollen, im Besitze eines Fischereischeines bezw. eines Erlaubnisscheines zum Fischfang sein müssen. Die Ausstellung geschieht durch die Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk das Fischereirecht besteht.

* [Es werde Licht!] Es gab einmal eine Zeit, und sie liegt noch nicht einmal so weit, da herrschte in den Straßen unseres Städtchens eine vielfach wahrhaft ägyptische Finsternis; da war es zeitweise selbst für einen Einheimischen schwer, sich zurechtzufinden. Wir können heute erfreulicherweise feststellen, daß es besser geworden ist, daß an verschiedenen Straßenkreuzungen neuzeitige Gaslampen mit Hängelicht Aufstellung gefunden haben, die ein schönes, helles Licht erstrahlen lassen. Hoffentlich führt man diese Neueinrichtung weiterhin durch und verstummen damit die früheren Klagen über unsere unzureichende Straßenbeleuchtung. Es liegt nun aber auch an der Einwohnerschaft, daß sie ein Augenmerk mit darauf richtet, daß die Lampen erhalten bleiben und nicht wie früher oft das Objekt groben Unfugs bilden. Gegen diese Sorte Leute, die glauben, an den Straßenlampen ihr Mütchen kühlen zu können oder Kletterkunststückchen zu zeigen, sollte mit aller Schärfe vorgegangen werden; ebenso gegen solche, die die Laternen unbefugterweise an- und ausdrehen.

✓ [Wann wird das Kind schulpflichtig?] Es herrscht noch vielfach Unkenntnis über das schulpflichtige Alter der Kinder, die auf Antrag der Eltern mit dem Einverständnis der Lehrpersonen schon vor Zurücklegung des sechsten Lebensjahres aufgenommen werden. Eine Ministerialverfügung vom 27. August 1925 sagt hierüber folgendes: „Im allgemeinen muß es dabei bleiben, daß die Schulpflicht am 1. April jeden Jahres für alle Kinder eintritt, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das sechste Lebensjahr vollendet haben. Doch bin ich damit einverstanden, daß auf Antrag der Erziehungsberechtigten auch Kinder in die Schule aufgenommen werden dürfen, die in der Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, wenn sie körperlich und geistig für den Schulbesuch reif erscheinen. Die vorzeitig in die Schule aufgenommenen Kinder werden mit der Aufnahme schulpflichtig." Mithin dürfen Kinder, die nach dem 1. Oktober 6 Jahre alt werden, nicht aufgenommen werden. Sollte es aber in den vorhergehenden Jahren geschehen sein, so haben diese die Schule neun Jahre zu besuchen.

h [Sorgt für Eure Pferde.] Bei strenger Kälte müssen die Pferde, wenn sie auf der Straße halten, gut zugedeckt werden, damit sie nicht zu sehr frieren, steif werden und sich erkälten. Die Decken sollen aber sorgsam übergelegt und an den Seiten gut befestigt sein. Flüchtiges Überwerfen nutzt nicht viel. Dagegen ist es sehr unvernünftig, die Arbeitstiere schon während des Dienstes mit einer Decke einhergehen zu lassen. Darunter schwitzt die Haut, und das Tier wird empfindlich. — Ein wohlwollender Kutscher darf nie vergessen, über Nacht das Gebiß der Pferde im Stalle aufzubewahren und vor dem Gebrauch in warmes Wasser zu tauchen oder mit einem wollenen Tuche warm zu reiben, weil sonst das kalte Eisen an Zunge, Lippen und Gaumen kleben bleibt und sehr schmerzhafte Beschädigungen der Schleimhaut verursacht, so daß die Tiere ihr hartes, stechendes Futter scheuen.

□ [Ausfall eines Sonderzuges] Der für den 22. Januar vorgesehene billige Sonderzug nach Baden und dem Schwarzwald fällt aus. Die für diesen Zug gelösten Fahrkarten behalten Gültigkeit für alle Züge; für Schnellzüge nach Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages.

Blecher, 20. Jan. Der Theaterverein „Dhünntal" Blecher beabsichtigt am kommenden Sonntag im Lokale des Herrn H. Hemmelrath hierselbst sein diesjähriges Winterkränzchen bestehend aus Ball und sonstigen Überraschungen abzuhalten. Da der Verein es immer verstanden hat, seinen Festen die nötige Würze zu geben und diesmal die Musik von einer beliebten Jazz-Band-Kapelle ausgeführt wird, so wird auch am Sonntag wieder jeder Besucher auf seine Kosten kommen. Näheres im Anzeigenteil der nächsten Nummer.

Berg.-Neukirchen, 19. Jan. In der Zahl der Erwerbslosen ist in unserer Gemeinde nach wie vor eine — wenn auch geringe — Zunahme zu verzeichnen. In der vergangenen Woche belief sich die Gesamtzahl der Unterstützungsberechtigten auf 112 gegen 104 in der Vorwoche.

Langenfeld, 19. Jan. Ein schwerer Autounfall ereignete sich am vergangenen Sonntag-Abend zwischen Weißenstein und Wolfhagen. Ein Opelwagen geriet durch starkes Schleudern in den Straßengraben und begrub unter sich seine 3 Insassen. Während zwei Herren aus Düsseldorf mit verhältnismäßig geringen Verletzungen davonkamen, erlitt der dritte schwere Kopfverletzungen. Sein Befinden ist besorgniserregend

---

Turnen, Sport und Spiel

Vom deutschen Tanz. Die am Freitag, den 15. d. Mts., in der hiesigen Turnhalle stattgefundene Vorführung von Volkstänzen war leider nicht so besucht wie es hätte sein sollen. Vielleicht kommt es daher, weil viele Menschen nicht wissen, was eigentlich Volkstänze sind. Es sei deshalb an dieser Stelle einmal kurz das Wesen des Volkstanzes gestreift Der Volkstanz war der Ausdruck seelischer Feinheiten und Eigenschaften. Alles was die Seele der Menschen bewegte fand seinen Ausdruck im Tanz. Eine hervorragende Eigenschaft unseres Volkes war sein fast übergroßer Reichtum an Seele und Gemüt und diese Vielgestaltigkeit finden wir im Volkstanz wieder. Gibt es doch Volkstänze mit mehreren ja oft bis zu dreißig verschiedenen Figuren. Eine immerwiederkehrende Form in den Volkstänzen ist z B. das Werben zweier Burschen um ein Mädel. Es ist ein dauerndes Gleiten und Schreiten, ein Biegen und Schmiegen. Der eine der Burschen versucht das Mädel zu halten, sie entwindet sich ihm und tanzt behend zum anderen hinüber. Trotzdem tanzt sie wieder zu ihm zurück, weil er so eindringlich um sie warb. Später tanzen alle drei zusammen. Dieses liegt z. B. dem Bingokertanz zu Grunde, der aus einem nordischen Lande stammt (vermutlich aus Schweden) So kann der Körper alles, sei es Schmerz, Liebe oder Trauer durch seine Bewegungen wiedergeben. Dieses ist es eben, was den Volkstanz zu einem Kulturgut stempelt. Diesen Volkstanz, als ein altes Volksgut, ein Stück deutschen Volkstums, wollen wir, die Jugend, wieder aus dem tiefen Sand der Jetztzeit ausgraben Alle modernen Tänze sind ja nicht das Produkt unseres eigenen Wesens, sie sind nur übernommen. Menschen, welche überhaupt nichts von Volkstänzen wissen, suchen sie mit „weltmännischer" Miene als Kinderreigen und dergl. abzutun Darüber wären sie großen Menschen hinaus, man dürfe doch nicht rückschrittlich sein. Möchten doch diese Menschen nur einen kleinen Vergleich zwischen den heutigen Zweischrittänzen und den Volkstänzen anstellen, so werden sie bestimmt zu der Überzeugung kommen, daß ein wesentlicher Unterschied besteht. Jeder Deutsche, ohne Unterschied, ist zur Wahrung und Pflege unseres alten Volksgutes mitverpflichtet. Im Anschluß hieran sei noch darauf hingewiesen, daß am Freitag, den 22. d. Mts., abends 7¼ Uhr, ein Volkstanzkursus in der Turnhalle hier beginnt. Ich hoffe, daß sich die Jugend sehr zahlreich beteiligt. F. P.

Geschäftliches

Das „blaue Band des Ozeans" zu erhalten ist der Ehrgeiz jedes Kapitäns, der einen Schnelldampfer zwischen Europa und Nordamerika führt. Aber auch für jede Hausfrau ist das blaue Band wichtig, ist es doch das Erkennungszeichen und die Schutzmarke der unübertrefflichen „Blauband-Margarine", welche sich durch ein vorzügliches Aroma auszeichnet Sie ist leicht bekömmlich, sparsam im Gebrauch und hat sich beim Braten, Kochen und Backen vorzüglich bewährt. Fordern sie beim Einkauf kostenlos die farbig illustrierte Blauband-Woche

Danksagung

Für die uns bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter erwiesene wohltuende Teilnahme, sowie für die schönen Kranzspenden, statten wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank ab.

Geschwister Bach

Briefbogen liefert billigst die Buchdruckerei von **Herm. Claas, Burscheid.**

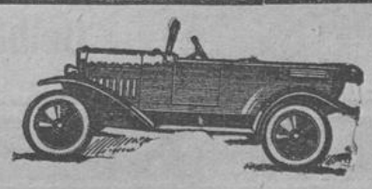
Bekanntmachung

Diejenigen Personen, welche das Fischereirecht ausüben wollen, müssen sich im Besitze eines Fischereischeines bezw. eines Erlaubnisscheines zum Fischfang befinden. Die Ausstellung dieser Scheine geschieht durch die Ortspolizeibehörde in deren Bezirk das Fischereirecht besteht.

Burscheid, den 18 Januar 1926.

Die Polizei-Verwaltung.
Der Bürgermeister: Schmidt

Makulatur
fortwährend zu haben in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.



Sonder-Angebot!

Eine beschränkte Anzahl fabrikneuer

Opel-Wagen

Zwei- und Dreisitzer sind zu äußerst günstigen Preisen abzugeben. Anfragen an den Vertreter

Peter Krapp, Langenfeld (Rhld.)
Telefon 135.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Abend 7 Uhr meinen innigstgeliebten Gatten, unsern guten Bruder, Schwager und Onkel

Ernst Steffens

nach längerem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden im Alter von 64 Jahren 11 Monaten zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bittet

namens der trauernden Hinterbliebenen:

Bertha Steffens geb. Sauer

Burscheid und Buenos Aires, den 18. Januar 1926.

Die Beerdigung findet statt: Freitag, den 22. Januar, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause aus.



Heute Abend wurde unser liebes, treues Mitglied

Herr Ernst Steffens

von schwerem Leiden erlöst.

Der Instrumentalverein steht trauernd an der Bahre eines seiner Besten. Sein biederer und gerechter Sinn machte ihn zum Freunde Aller.

Ehre seinem Andenken.

Burscheid, den 18. Januar 1926.

Der Instrumentalverein



Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, unsere Mitglieder u. Freunde von dem Ableben unseres lieben Musikkollegen

Herrn Ernst Steffens

in Kenntnis zu setzen. Er war einer unserer ältesten Mitglieder und hat als Vorsitzender mehr als 20 Jahre die Geschicke des Vereins durch gute und böse Zeiten geleitet. Der Tod hat ihm nun kurz vor dem 50jährigen Vereins-Jubiläum sein Instrument aus der Hand genommen. Er wird uns unvergeßlich bleiben.

Burscheid, am 18. Januar 1926.

Oelberger Musikverein

Um allen meinen Kunden auch bei der heutigen Zeit den Einkauf zu ermöglichen

gewähre ich bis 31. Januar

trotz

meiner billigsten Preise

und

bekannt guten Qualitäten

10% Extra-Rabatt

Ein Posten Damen-Kostüme weit unter Preis.

Ausnahme-Angebot in Festons und Klöppelspitze

Modernes Kaufhaus

Alwill Thomas jr.

Wermelskirchen



Freiwillige Feuerwehr

Löschz. Paffenlöh.

Samstag, den 23. Jan., abends 8½ Uhr,

General-Versammlung

U. a. **Zahlung des Beitrages für die Sterbekasse.**

Wer selbst nicht kommen kann, wird gebeten, den Betrag von 100 Mark einem Kameraden mitzugeben.

Der Brandmeister:
Adams.

Burscheider Turngemeinde e. V.

Mädchen-Abteilung

Das Turnen findet von jetzt ab wieder regelmäßig

Donnerstagabends

von 6½ — 7½ Uhr statt.

Der Turnrat.

Zwangs-Versteigerung

Freitag, 22. Jan. 1926, nachmittags 3 Uhr, sollen zu Dierath (Versammlungslokal der Käufer Wirtschaft Busch daselbst)

Mobilien

1 Büffet, 1 Sofa, 1 Vertikow, 1 runder Tisch, 2 Korbsessel, 1 Mantelstock, 5 Stühle, ferner Sämereien und 1 Ladenregal und Theke

öffentlich meistbietend, gegen bare Zahlung versteigert werden.

Eurich
Obergerichtsvollzieher in Opladen.



Fordern Sie die „Blauband-Woche" zu jedem Pfund.



Jede Woche Donnerstag

frisch gewässerten

Stockfisch

Kölner Konsum





Freitag, den 22. Januar, habe eine Auswahl tragender und frischmelker

Kühe u. Rinder

zum Verkauf stehen.

Käufer ladet ein

Hugo Pott

Straßerhof, Fernsprecher 37.

Obstthorden R. M.: 2,60

Luftige und beste Aufbewahrung von Obst.

Wilh. Streck, Bonn

Cölnstraße 127—131.

Umsonst reichh. Musterbuch.





Donnerstag, den 21. Jan., haben eine neue schöne Auswahl hochtragender

Kühe u. Rinder

abzugeben

Gebr. Pott

Straßerhof, Fernsprecher 29.

Ia Eiderfettkäse

9 Pfd. = M. 6.– franko

Dampfkäsefabrik, Rendsburg.

Zur Düngung für Graswuchs erhielt je 1 Waggon

Thomasmehl und Kalisalz

(in hochprozentiger Ware)

welches zur gefl. Abnahme bestens empfehle.

Wilh. Haas, Burscheid

Telefon 95.

Properes, zuverlässiges

Mädchen

(Waise) aus dem Sauerland sucht Stellung in besserem Hause. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gründlichen

Klavierunterricht

in und außer dem Hause erteilt

Anna Haas

Burscheid, Luisenstr. 37.

Fahrpläne

(M. Du Mont Schauberg)

Stück 30 Reichspfennig zu haben in d. Geschäftsstelle dieser Zeitung